

2. Motion gemäss § 75 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Guido Grütter und Daniel Eugster vom 28. August 2019 "Erweiterung der Raumplanungskommission mit Umwelt, Verkehr und Energie zur RUVEK" (16/MO 41/408)

Beantwortung

Präsident: Die Beantwortung des Büros liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort haben zuerst die Motionäre.

Diskussion

Daniel Eugster, FDP: Mein Mitmotionär und ich möchten mit unserem Vorstoss die Mitglieder des Grossen Rates dazu motivieren, die Agenda der Raumplanungskommission (RPK) um die wichtigen Themen Energie, Umwelt und Verkehr zu erweitern. Die Wichtigkeit dieser Themen für die politische Agenda und für eine enkeltaugliche Zukunft ist hier im Saal hoffentlich unbestritten. Ich danke dem Regierungsrat für die Stellungnahme und dem Büro des Grossen Rates für die umfassende Beantwortung. Es freut mich, dass es unseren Ansatz nicht grundsätzlich in Frage stellt und der Regierungsrat die thematische Erweiterung der RPK sogar begrüsst. Die Motion stellt die bewährten Spezialkommissionen nicht in Frage. Gesetzesvorlagen sollen unverändert in diesen behandelt werden. Die ständige Raumplanungs-, Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (RUVEK) soll vielmehr eine Drehscheibe für die Themen Umwelt, Verkehr und Energie sein und diese mit der Raumplanung vernetzen. Die Schnittstellen sind auch in der Beantwortung aufgeführt und der Nutzen der Vernetzung von Raumplanung, Umwelt, Verkehr und Energie ist unbestritten. Die Zusammenfassung dieser Themenbereiche in eine übergeordnete Kommission ist ein klares Zeichen und ein klarer Auftrag für eine aktive, speditive und koordinierte Themenbewirtschaftung und -bearbeitung. Trotz der vielen Vorteile einer thematischen Zusammenlegung wünscht das Büro gemäss Beantwortung keine Veränderung. Als Hauptgrund werden zeitliche Belastung und Mehrarbeit angegeben. Als Unternehmer spornt mich aber primär die Herausforderung an, etwas noch besser machen zu können. Ich bin davon überzeugt, dass in einer um diese Themen erweiterten Kommission deren Mitglieder effizienter und effektiver agieren könnten als die Mitglieder der jeweils immer neu einberufenen Spezialkommissionen. Ich verstehe es wirklich nicht. Umwelt, Verkehr und Energie sind sehr zentrale Themen für unsere Zukunft. Das Büro behält sich in seinem Fazit vor, Berichte und Konzepte, die den Bereich der RUVEK beschlagen, künftig der RPK zu zuweisen. Der Regierungsrat begrüsst eine thematische Erweiterung der RPK und betrachtet die Einführung einer RUVEK grundsätzlich als realistisch. Weshalb nun aber dieses Wenn und Aber? Wir sollten uns zu ei-

ner Agenda für Umwelt und Energie bekennen. Ich bin davon überzeugt, dass diese Erweiterung sinnvoll ist und in der RPK Platz hat. Die koordinierte Arbeit in der neuen RUVEK wird sich lohnen und bringt uns vorwärts. Mit einem definierten Themenkomplex und einer klaren Aufgabenstellung bedeutet die RUVEK einen wichtigen Schritt in der Umsetzung der Energiestrategie. Ich danke den Ratsmitgliedern für die Unterstützung der Motion.

Steiger Eggli, SP: Die Motionäre gehen davon aus, dass in einer RUVEK die Vernetzung und Koordination der Aspekte Raumplanung, Umwelt, Verkehr und Energie ermöglicht, fachlich fundierte und breit abgestützte Entscheidungsgrundlagen geschaffen und ganzheitlichere, mehrheitsfähige Lösungen gefunden werden können. Entscheidungsprozesse würden beschleunigt, Vorstösse gestrafft und die Verwaltung entlastet werden. Die Motionäre übersehen dabei, dass in der RPK, in der ich einsitze, diese gewünschte Vernetzung und Koordination unter Berücksichtigung der jeweiligen Fachmeinungen bereits heute stattfindet. Alles, was raumrelevant ist, wird in der RPK diskutiert. Ich erinnere beispielsweise an die Windenergie, das Hochwasserschutzkonzept Thurtal, das Langsamverkehrskonzept und die Endlagerung für radioaktive Abfälle. Daher wäre es keine grosse Veränderung der Aufgaben der RPK, wenn Berichte und Konzepte, die raumrelevante Themen betreffen, gleich in der RPK vorberaten würden, wie dies der Regierungsrat und das Büro anregen. Was soll denn eine RUVEK darüber hinaus leisten? Wohl nicht die Übernahme der Arbeit der Verwaltung, also des Operativen. Sollen alle Gesetzesvorlagen, die Raumplanung, Umwelt, Verkehr und Energie betreffen, in einer RUVEK beraten werden? Wir haben eben gehört, das sei nicht der Fall. Aber wenn doch, müsste die RPK personell aufgestockt und es müssten unter Umständen Subkommissionen gebildet werden. Dann hätten wir nebst der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) eine zweite grosse, ständige Kommission. Das wäre höchst undemokratisch. Die Erarbeitung von Gesetzesvorlagen in vorbereitenden Kommissionen soll weiterhin allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern offenstehen. Wollte man eine zweite grosse Kommission schaffen, müsste man richtigerweise das ganze System der Kommissionen ändern und nur ständige Kommissionen für alle fraglichen Themenkreise schaffen. Solche Versuche sind bekanntlich verschiedentlich gescheitert. Ich stimme den Motionären insofern zu, dass äusserst anspruchsvolle Energie- und Klimaziele nur parteiübergreifend und koordiniert, unter Bündelung aller Kräfte, zu erreichen sind. Dazu braucht es aber keine weitere grosse Kommission, sondern Taten, sei es im Alltag, in den Fraktionen oder den Kommissionen. Die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich gegen Erheblicherklärung der Motion.

Frischknecht, EDU: Ich verlese das Votum meines Fraktionskollegen Christian Mader: "Die EDU-Fraktion dankt dem Büro des Grossen Rates für die Beantwortung der Motion. Die Themenbereiche Umwelt, Verkehr und Energie sind zentral und werden uns in Zu-

kunft sehr stark beschäftigen. Das Motionsanliegen, die RPK um die Themen Umwelt, Verkehr und Energie zu erweitern, hat in der EDU-Fraktion diverse Fragen aufgeworfen. Gerade weil alle drei Themen in die Kommission passen würden und diverse Überschneidungen bestehen, erwarten wir einen sehr grossen Mehraufwand für die RPK. Schon heute werden der RPK diverse Vorberatungen zu raumrelevanten Themen aus den Bereichen Umwelt, Verkehr und Energie, wie beispielsweise zum Endlager für radioaktive Abfälle, zum Fluglärm, zur Windenergie, zum Hochwasserschutzkonzept Thurtal, zum Langsamverkehrskonzept oder zum Projekt Bodensee-Thurtalstrasse und Oberlandstrasse (BTS/OLS) zugewiesen. Die EDU-Fraktion geht davon aus, dass das Büro der RPK vermehrt Vorberatungen zuweisen wird. Sollten alle Geschäfte dieser drei Themenbereiche der RPK oder der RUVEK zufallen, würde diese Liste um ein Vielfaches länger. Eine RUVEK müsste also mit ungefähr 12 bis 13 Kommissionssitzungen pro Jahr rechnen, was etwa einer Verdreifachung gleichkäme. Die EDU-Fraktion befürchtet, dass Milizpolitiker dadurch an ihre Belastungsgrenze gelangen. Zudem sind wir der Meinung, dass das seit Jahren praktizierte, gemischte parlamentarische Kommissionensystem mit ständigen und Spezialkommissionen einwandfrei funktioniert. Deshalb hat der Grosse Rat bei der letzten Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GOGR) 2016 eine Systemänderung bei der Kommissionsarbeit nicht für notwendig erachtet. Ein weiterer Nachteil einer RUVEK wäre, dass die Motionäre oder Antragsteller, sofern sie nicht zugleich Mitglied der RUVEK wären, keinen Einfluss auf die Vorberatung nehmen könnten. Nach Ansicht der EDU-Fraktion sollte die RPK weiterhin ihre Kernaufgaben wahrnehmen. Dazu gehören die Vorberatung der vom Grossen Rat zu behandelnden Vorlagen über die Raumplanung, insbesondere die Anpassungen des kantonalen Richtplans (KRP), der neu im Zweijahresrhythmus teilrevidiert wird, und die Bearbeitung der ihr vom Büro zugewiesenen Themen, wie es heute schon der Fall ist. Die EDU-Fraktion begrüsst es, wenn das Gefäss der Spezialkommissionen weiterhin genutzt wird. Der Vorteil, dass die zeitliche Verfügbarkeit, die persönlichen Interessen sowie das Fachwissen bei der Auswahl der Kommissionsmitglieder gut berücksichtigt werden kann, überzeugt uns immer noch. Die EDU-Fraktion wird die Motion einstimmig nicht erheblich erklären."

Walther, FDP: Im Namen der FDP-Fraktion bedanke ich mich für die differenzierte Beantwortung der Motion durch das Büro und die wohlwollende Stellungnahme des Regierungsrates. In der Beantwortung nimmt das Büro eine Auslegeordnung des Kommissionensystems vor. Die FDP-Fraktion kann das Bestreben, das Kommissionensystem nicht grundsätzlich aufzublähen und zu verändern, nachvollziehen und befürwortet dies grundsätzlich. In einer globalen und sich immer schneller drehenden Welt verändern sich auch die Themenschwerpunkte der Politik. Nach Ansicht der FDP-Fraktion ist es unbestritten, dass das Thema der Energie und Umwelt zu Recht an Bedeutung gewonnen hat. Wir erachten es deshalb als legitim und angemessen, dass die thematischen Inhalte

der Kommissionen gemäss den Veränderungen der politischen Agenda angepasst werden können und sollen. Als Mitglied der RPK stelle ich fest, dass in der Vergangenheit immer wieder Themen aus dem Bereich der Energie auf die Traktandenliste gelangt sind. Das ist kein Zufall, denn dieser Bereich ist im KRP abgebildet. Aber ich stelle auch fest, dass diese Themen dann eher beiläufig diskutiert wurden, da eine klare Adressierung bisher gefehlt hat. Also, es geht nicht darum, etwas aufzublasen, sondern es richtig zu adressieren. Ich stelle auch fest, dass die Arbeitsbelastung in der RPK stets sehr unterschiedlich war. Es gab Phasen, da wären wir um ergiebige Themen froh gewesen. Ich glaube daher, dass es auf der Agenda der RPK durchaus Platz für das Thema der Energie gibt. Es lässt sich darüber diskutieren, in welcher Form und in welcher Tiefe dieses behandelt werden soll. Ich denke da eher an eine koordinative Aufgabe und an die Vorbereitung von Spezialkommissionen. Wenn man das Thema des Klimawandels ernst nimmt, sind Handeln, Veränderungen und das Setzen eines Ausrufezeichens absolut notwendig. Im Sinne des Fortschritts und des Gemeinns muss das Thema "Klimawandel" auf strategischer Ebene institutionalisiert werden, wiederkehrend erscheinen, in die Planungsprozesse einfließen und parteiübergreifend diskutiert werden können. Nur so kann sich ein proaktives Handeln etablieren. So sieht es die FDP-Fraktion als gangbare Lösung, dass die RPK um dieses Thema erweitert wird und empfiehlt daher grossmehrheitlich, die Motion erheblich zu erklären.

Leuthold, GLP: Die GLP-Fraktion bedankt sich bei den Motionären für den Vorstoss und beim Büro des Grossen Rates für die ausführliche und sorgfältige Beantwortung. Wir pflichten den Motionären vollumfänglich bei, dass die Wichtigkeit und Dringlichkeit von Themen im Bereich Umwelt, Verkehr und Energie zunimmt. Ebenso sind wir der Ansicht, dass parteiübergreifende, wirkungsvolle und mehrheitsfähige Lösungen und Massnahmen zur Erreichung der Energie- und Klimaziele gefragt sind. Wir teilen allerdings auch die Meinung des Büros, dass die Bildung einer RUVEK, einer RPK mit Erweiterung um die Bereiche Umwelt, Verkehr und Energie, nicht zielführend ist. Alle diese Bereiche haben zwar gemeinsame Schnittstellen und können in einen gewissen Zusammenhang gebracht werden, aber jeder Bereich für sich ist sehr komplex und bedarf eines hohen Grades an Fachwissen. In einer RUVEK geht diese Spezialisierung und damit die nötige Vertiefung in die Themen verloren. Die GLP-Fraktion bezweifelt, dass sich im Grossen Rat genügend sachlich kompetente Generalisten finden würden, welche auch noch die nötigen zeitlichen Ressourcen zur Bearbeitung der zum Teil sehr komplexen Inhalte aufbringen könnten. Die Frage nach der möglichen Schaffung eines Zweiklassenparlaments ist wichtig und darf nicht ausgeblendet werden. Nach Ansicht der GLP-Fraktion besteht aktuell kein Handlungsbedarf. Das System mit den bestehenden ständigen und nicht-ständigen Kommissionen sowie den Legislativ- und Aufsichtskommissionen funktioniert gut. Es bietet dem Parlament bereits jetzt genügend Einflussnahme und Mitwirkung. Die grosse Mehrheit der GLP-Fraktion wird die vorliegende Motion deshalb ablehnen.

Vetterli, SVP: Ich danke dem Büro für die ausführliche und umfassende Beantwortung. Die SVP-Fraktion hat sich intensiv mit der Frage einer Kompetenzerweiterung der RPK auseinandergesetzt. Tatsächlich gibt es in der RPK bereits heute immer wieder Berührungspunkte mit den in der Motion zusätzlich vorgeschlagenen Themen. Etwa bei der Richtplanänderung Windenergie oder bei Strassenbauprojekten. Etliche Kantone arbeiten bereits heute mit einer stärkeren Spezialisierung und haben dementsprechend mehr ständige Kommissionen. Das Büro zeigt in seiner Beantwortung auf, dass es über die letzten Jahrzehnte mehrere Vorstösse zur Bildung von neuen ständigen Kommissionen, etwa einer Bildungskommission oder einer Gesundheitskommission, gegeben hat. Dabei wurde letztlich stets gut begründet am bewährten System festgehalten. Aus folgenden Gründen stellt sich die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion gegen Erheblicherklärung der Motion: Wir wollen kein Zweiklassenparlament. Eine ständige Kommission mit massiv erweiterten Kompetenzen hätte dies zur Folge. Wir wollen am Milizparlament festhalten. Die wesentlich höhere Geschäftslast einer solchen Kommission übersteigt die mögliche zeitliche Verfügbarkeit vieler Kantonsräte und Kantonsrätinnen. Wir wollen keinen Ausbau der RPK, weil das unweigerlich zur Bildung von weiteren ständigen Kommissionen führen würde. Wir sind vom bisherigen System mit Spezialkommissionen überzeugt. Denn dieses ist sehr gut dazu geeignet, für spezifische Fragestellungen kompetente Personen zu engagieren. Die SVP-Fraktion bittet den Grossen Rat deshalb, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Bétrisey, GP: Mit einer RUVEK soll die RPK analog dem Bundesmodell um die Themen Umwelt, Verkehr und Energie erweitert werden. Die Grüne Fraktion befürwortet das und hat eine Idee, wie dies im Kanton Thurgau noch besser gelöst werden könnte. Wie sich in der Vergangenheit mehrfach gezeigt hat, ist die RPK durchaus auch zuständig für Verkehrsthemen, so beispielsweise die Behandlung der BTS/OLS. Die Mobilität als Siedlungstreiber ist aus der Raumplanung nicht wegzudenken, da diese beiden Disziplinen untrennbar miteinander verbunden und sogar Teil des KRP sind. Die Grüne Fraktion teilt aber die Haltung der Motionäre uneingeschränkt, dass die Themen Umwelt, Energie- und Klimafragen in eine ständige Kommission gehören und dankt für diesen Vorstoss in die richtige Richtung. Es gäbe für den Kanton Thurgau aber eine noch bessere Lösung. Der Kanton Thurgau betreibt eine kantonale Klimafachstelle, er hat mit Carmen Haag eine Regierungsrätin, die die Bereiche Gewässerraumfestlegung und Biodiversität vorantreibt und mit Walter Schönholzer einen Regierungsrat, der in Energiefragen Gas gibt. Der Kanton Thurgau ist auf dem Weg, schweizweit eine Vorreiterrolle einzunehmen. Mit dieser gebündelten Power sollten wir eine neue ständige Kommission schaffen, die sich ausschliesslich den lebenstragenden Themen Umwelt, Energie und Klima widmet. Wie das Büro darlegt, wäre die Geschäftslast der RPK mit der geplanten Erweiterung möglicherweise zu gross. Die Grüne Fraktion kann dies nachvollziehen und ist der Ansicht, dass für die Themen Umwelt, Energie und Klima auch andere Kompetenzen gefragt wä-

ren. Dieser Themenbereich erfordert Fachwissen, Interesse am neusten Stand der Technik und ein hohes Engagement im Vorantreiben der Klimaziele. Eine Kontinuität und Überprüfung der gesteckten Ziele in den Bereichen Umwelt, Energie und Klima wäre äusserst wichtig. Nur schon deshalb gehören diese Themen in eine ständige Kommission. Die Auflistung der gescheiterten Vorstösse zur Änderung des Kommissionensystems, welche das Büro in der Beantwortung vornimmt, erscheint völlig unnötig. Ebenso die Ausführungen dazu, wie viel Aufwand mit einer solchen Erweiterung verbunden wäre. Ja und? Es ist nicht verboten, schlauer zu werden. Aufgrund dieser Argumentationslinie könnten nie Neuerungen und damit auch keine Verbesserungen eingeführt werden. Wir stehen gerade in Energie-, Umwelt- und Klimafragen grossen Herausforderungen gegenüber, für die wir noch keine Lösungen kennen. Tatenlos schauen wir dem Gletscherschwund zu, dem Aussterben von unzähligen Pflanzen- und Tierarten, insbesondere Kleinlebewesen und Insekten. Der Kanton Thurgau sah sich schon mit extremer Trockenheit, versiegenden Grundwasservorkommen und verschmutztem Grundwasser konfrontiert. Die Gemeinden Sulgen und Erlen müssen ihr Trinkwasser mit Bodenseewasser verdünnen, um die geforderten Qualitätsanforderungen einhalten zu können. Die Bäche am Obersee vom Eschelisbach in Güttingen bis zur Salmsacher Aach sind tot. In meiner Wohngemeinde Kesswil kann ich auf meinem täglichen Spaziergang mit dem Hund seit zehn Jahren regelmässig bis zu 30 cm hohe Schaumteppiche beobachten. Bei diesem Bach konnte nicht einmal ein Flusskrebstest durchgeführt werden, denn die Tiere sind kläglich verendet. Man hat dies vor vielen Jahren erkannt, unternommen wurde bis heute nichts. Der Bach bei der Seebadi ist unverändert ökologisch tot. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Es braucht eine Kommission, die sich mit Umwelt, Energie und Klima beschäftigt. Das sind die Themen unserer Zeit, die unser Leben massgeblich beeinflussen und je länger desto grössere Wichtigkeit erlangen. Die Grüne Fraktion engagiert sich für eine zusätzliche ständige Kommission. Je schneller, desto besser. Sollte die Arbeitslast zu gross werden, könnte diese neue Kommission später immer noch aufgesplittet werden. Inhaltlich teilen wir das Anliegen der Motionäre und werden die Motion grossmehrheitlich erheblich erklären.

Gemperle, CVP/EVP: 2012 habe ich im Grossen Rat den Antrag für einen Bericht "System Kommissionsarbeit" gestellt. Mit diesem sollte das Büro damit beauftragt werden, eine Auslegeordnung über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Systeme bei der Kommissionsarbeit zu erstellen. Der Grund für den Antrag lag darin, dass eine ständige Bildungskommission gefordert wurde und sich somit die Frage nach einer Umstellung auf vorwiegend ständige Kommissionen stellte. Das Büro hat den Vorstoss damals sehr schnell und in aller Kürze beantwortet und eine parlamentarische Diskussion über den Systemwechsel verunmöglicht. Im Protokoll zur kurzen Ratsdiskussion am 9. Januar 2013 ist eine ganze Seite dem Fraktionssprecher der FDP, Kantonsrat Hans Munz, gewidmet. Anstatt eine sachliche Diskussion über Pro und Contra eines Systemwechsels

zu führen, führte dieser aus, warum vom Büro keine Auslegeordnung verlangt werden kann: "Ich sage kein Wort zum materiellen Gehalt des Vorstosses." Und weiter sagte Kantonsrat Hans Munz: "Man würde Dämme einreissen." Weiter führte er aus, er habe schon zwei Mal bei Revisionen mitwirken können: "Das waren mitunter die brilliantesten intellektuellen Auseinandersetzungen, die ich im Zusammenhang mit der Grossratsarbeit erlebt habe und sehr gute Arbeiten." Der Sprecher des Büros, Kantonsrat Bruno Lüscher, ebenfalls Mitglied der FDP, wird im Protokoll mit folgendem Schlusssatz zitiert: "Öffnen wir heute nicht eine Türe, bei welcher keine Klarheit darüber besteht, ob der Schlüssel auch wirklich im Schloss steckt, um sie zu öffnen." Ich gebe ehrlicherweise zu, dass ich diese intellektuellen Höhenflüge bis heute nicht verstehen kann und nicht begreife, warum eine Diskussion damals verweigert wurde. Immerhin hat das Büro nun auf den vorliegenden Vorstoss mit einer 13-seitigen Beantwortung reagiert und nun endlich die 2012 von mir geforderte Auslegeordnung ausführlich und verständlich geliefert. Und dies, obwohl eine solche aktuell gar nicht gefordert wurde. Ich bedanke mich im Namen der CVP/EVP-Fraktion für die gute Auslegeordnung. Wie das Büro, lehnen auch wir die Motion einstimmig ab. Wir begründen das mit folgenden Punkten: 1. Zu Recht erkennen die Motionäre die Themen Umwelt, Verkehr und Energie als sehr wichtig für unsere Zukunft. Die CVP/EVP-Fraktion arbeitet seit vielen Jahren intensiv an diesen Themen. Wir sind sehr dankbar, dass der Grosse Rat viele unserer zahlreichen Vorstösse dazu überwiesen und so eine starke Dynamik in diesen Bereichen erst ermöglicht hat. Weil aber genau diese Themen so wichtig sind, macht es absolut keinen Sinn, die bestehende RPK mit weiteren umfassenden Aufgaben zu betrauen. Die Themen der Raumplanung sind ebenfalls zentral und bescheren den Mitgliedern der Kommission viel Arbeit. Wenn die Wichtigkeit der Themen Umwelt, Verkehr und Energie wirklich herausgestrichen werden soll, müsste dazu eine ständige Kommission gegründet werden. 2. Die Dynamik in der Thurgauer Energiepolitik zeigt, dass es auch mit dem heutigen System, oder vielleicht gerade wegen des heutigen Systems, möglich wurde, den Kanton Thurgau im Bereich Energie im schweizweiten Vergleich vom tiefen Durchschnitt in die oberste Liga zu bringen. Mit anderen Worten: genau in diesen Bereichen sind wir Spitze. Hat sich die Arbeit in diesem System nicht bewährt? 3. Der Grosse Rat hat es immer wieder deutlich abgelehnt, einen Systemwechsel in Richtung ständige Kommissionen zu vollziehen. Wenn wir auf die Forderung der Motionäre eingehen würden, wäre aber genau dies die konsequente Umsetzung. Ein wenig anders sähe es aus, wenn eine andere ständige Kommission aufgegeben werden könnte, um so Platz für eine neue ständige Kommission zu schaffen, ohne das bewährte System zu wechseln. 4. In Spezialkommissionen werden die Karten in der Regel jedes Mal neu gemischt. Die Rotation im Grossen Rat ist gross und jedes neue Ratsmitglied hat andere Stärken. Meines Erachtens ist jenes ein starkes Parlament, welches die Talente der Ratsmitglieder bestmöglich zu nutzen weiss. Mit einer Umstellung auf nur nichtständige Kommissionen könnten wir diese Talente weniger gut nutzen. 5. Die CVP/EVP-Fraktion lehnt das Ansinnen des Büros ab, in Zukunft

Berichte und Konzepte im Bereich Energie der RPK zur Beratung zu überweisen. Das wäre systemwidrig. Wir sehen hier keinen Handlungsbedarf, wurden doch gerade im Bereich Energie verschiedene Konzepte sehr erfolgreich beraten und umgesetzt. 6. Die CVP/EVP-Fraktion will kein Zweiklassenparlament schaffen. Es hat sich bewährt, die Arbeit auf viele Schultern zu verteilen. Es hat sich bewährt, vom Wissen vieler Köpfe zu profitieren. Den Aufruf der Vorredner, den Klimawandel ernst zu nehmen und über die Fraktionsgrenzen hinweg zusammen zu arbeiten, unterstütze ich voll und ganz. Das ist wirklich ein guter Ansatz und ich hoffe, dass wir so weiter arbeiten können. Die CVP/EVP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab.

Lüscher, als Vertreter des Büros: Ich danke für die sachliche Diskussion zu dieser wichtigen Thematik, sind doch unser bewährtes Kommissionensystem und dessen Aufgaben in regelmässigen Abständen Gegenstand einer Debatte. Aufgrund von zwei Motionen erkannte die vom Büro eingesetzte Fachkommission bereits vor 22 Jahren zwar einen Handlungsbedarf bei den Aufsichtskommissionen, nicht aber im Bereich der Gesetzgebung. Im Rahmen der Revision der GOGR von 1998 hat sich das aktuelle Kommissionensystem durchgesetzt. Im Januar 2013 diskutierte der Grosse Rat im Vorfeld der Motion für eine ständige Bildungskommission über einen Antrag für einen Bericht zum System der Kommissionsarbeit. Beide Vorstösse wurden abgelehnt. Kantonsrat Josef Gemperle hat erwähnt, was ich damals im Namen des Büros gesagt habe. Wenn wir heute zur vorgeschlagenen Erweiterung Ja sagen, dann öffnen wir Tür und Tor für eine Revision unserer Kommissionstätigkeit. Den Anlass für die Einsetzung einer ständigen RPK gab vor 22 Jahren der gesetzliche Auftrag, einen KRP zu erlassen, welchen der Grosse Rat zu genehmigen hat. Im Gegensatz zu den eigentlichen Gesetzgebungsaufgaben und der Aufsichtskommissionen ist der KRP eine planerische Daueraufgabe, welche mindestens alle zwei Jahre eine Überprüfung mit eventuellen Anpassungen zur Folge hat. So wie sich die Gesellschaft verändert, verändern sich auch die Herausforderungen für die Politik. Die Themen Umwelt, Verkehr und Energie gehören zweifelsohne dazu. Diese finden sich denn auch in den Kapiteln zum KRP wieder. Vor diesem Hintergrund anerkennt das Büro die Idee, dass diese Bereiche direkt durch die RPK vorberaten werden. Jüngstes Beispiel war bekanntlich die Windenergie. Die Parlamentarische Initiative "Deregulierung für bessere Erdwärmenutzung" war als Gesetzesänderung aber wiederum Angelegenheit einer Spezialkommission. Unter Punkt 6 der Beantwortung sind die Geschäfte von 2009 bis 2019 aufgelistet, die eine RUVEK hätte vorberaten können. Von den 31 Geschäften waren fünf KRP-Vorlagen, 13 Gesetzesvorlagen, drei Volksinitiativen sowie zehn Berichte und Konzepte, von denen vier nicht vorberaten, sondern direkt im Grossen Rat zur Kenntnisnahme diskutiert wurden. Nach Ansicht des Büros rechtfertigt dies keine Revision der GOGR. Wir sind überzeugt davon, dass der Motionär nicht begeistert gewesen wäre, wenn wir seinen Antrag "Elektromobilität im Thurgau" der RPK und nicht ihm als Antragssteller zur Vorberatung gegeben hätten. Der Motionär sagt sel-

ber, dass die Themen Umwelt, Verkehr und Energie Platz in der RPK hätten. Der KRP führt zu diesen Themen eigene Kapitel. Der Rat sollte also zusammen mit den Mitgliedern der RPK diese Möglichkeiten ausnutzen und die Agenda selbst bestimmen. Dazu braucht es nicht zwingend eine Revision der GOGR. Der Vorwurf, das Büro wolle keine Veränderung, stimmt nicht. Wir werden der RPK künftig Berichte und Konzepte zuleiten und dann sehen, wie sich die Aufgaben und die Konstellation der RPK tatsächlich weiter entwickeln. Ja, das Büro ist schlauer geworden. Wir werden diese wichtigen Themen der RPK zuführen, da sie die Raumplanung insgesamt immer wieder beschlagen. Auch für das Büro sind die angesprochenen Themen ein wichtiges Anliegen. Allerdings ist es nicht Aufgabe der RPK, Spezialkommissionen anzuregen. Die RPK hat durchaus die Möglichkeit, in eigener Initiative im Rahmen des KRP-Kapitels aktiv zu werden. Wie in der Beantwortung geschrieben, anerkennt das Büro die Wichtigkeit des Motionsanliegens. Wir sind aber der Meinung, dass analog zur GFK keine Gesetzesvorlagen an die RPK zugewiesen werden sollen. Wir sehen keinen Handlungsbedarf, eine neue entsprechende ständige Kommission zu erstellen. Da die RPK für vier Jahre gewählt ist, besteht eine gewisse Kontinuität in den Beratungen. Dies handhabt das Büro bereits heute mit Erfolg bei der GFK so. Mit dieser Lösung kann die Mehrbelastung der RPK in Grenzen gehalten werden und es braucht keine zusätzlichen personellen Ressourcen. Ich bitte den Grossen Rat im Namen des einstimmigen Büros, die Motion nicht erheblich zu erklären und dem Büro das Vertrauen für die pragmatische Umsetzung des Motionsanliegens zu schenken.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Die Motion wird mit 89:22 Stimmen nicht erheblich erklärt.